

Mitteilung des Senats vom 9. November 2005***Perspektiven Bremens nach der Wahl des Präsidenten des Senats***

Am 4. November 2005 hat eine Koalitionsrunde zwischen Vertretern der SPD und der CDU stattgefunden. Nachfolgend informiert der Senat die Bürgerschaft (Landtag) über die Ergebnisse.

Die Vertreter von SPD und CDU bekräftigen ihren Willen, auf der Grundlage des Koalitionsvertrages sowie der Beschlüsse des Koalitionsausschusses Februar/März 2005 die erfolgreiche Arbeit der Großen Koalition zum Wohle Bremens und Bremerhavens fortzusetzen.

Die Große Koalition hat viel erreicht in den letzten Jahren. Wir haben in unsere Infrastruktur investiert. Wir haben die Häfen ausgebaut und für die Zukunft aufgestellt. Bremen und Bremerhaven gelten mittlerweile auch in Kreisen der Wirtschaft als Standorte erster Wahl. Und Bremen ist Wissenschaftsstadt geworden – ein großartiger Erfolg. Vor allem: Die Menschen leben gern in Bremerhaven und Bremen. Unser Land ist als Lebens- und Wohnort attraktiv.

Trotz aller Erfolge ist aber festzustellen: Bremen befindet sich immer noch in einer extremen Haushaltsnotlage; die Haushaltssanierung ist nicht geschafft. Unsere Erfolge bei Strukturwandel und Wirtschaftswachstum haben einerseits zu neuen Arbeitsplätzen und Bevölkerungszuwachs geführt mit entsprechenden Steuermehreinnahmen. Andererseits hat sich durch die gesamtwirtschaftliche Lage die Einnahmesituation des Landes nicht nachhaltig verbessert. Nach dem Auslaufen der Sanierungszahlungen und den nicht erfüllten Zusagen aus dem Kanzlerbrief steht Bremen in einer existenzbedrohenden finanziellen Krise, die maßgeblich zurückzuführen ist auf eine ungerechte Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern zu Lasten der Stadtstaaten. Die dramatische Haushaltslage zwingt zu einer Zäsur im Interesse einer weiterhin an strikter Sparsamkeit orientierten Politik, bei der angesichts von über 50.000 Arbeitslosen in Bremen und Bremerhaven die Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze die höchste Priorität haben muss.

Im Hinblick auf die Ergebnisse der Pisa-Vergleichsuntersuchung bekräftigen die Vertreter von SPD und CDU die Priorität für Bildung. Sie ist die Voraussetzung für die Zukunftssicherung für den Einzelnen wie für das Land Bremen und damit für eine Schwerpunktsetzung im Bereich der frühkindlichen Förderung und des Schulwesens. Darüber hinaus ist eine aktive Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau- und Infrastrukturpolitik dabei eine wesentliche Voraussetzung, um den Strukturwandel voran zu treiben und die Attraktivität Bremens weiter zu erhöhen und damit die städtische Infrastruktur in Bremen und Bremerhaven mit den erforderlichen Investitionen zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Angesichts der dramatischen Haushaltslage muss das Notwendige vor dem Wünschenswerten stehen. Dies gilt für alle Bereiche. Die Vertreter von SPD und CDU beschließen einvernehmlich, an dem strikten Sanierungskurs festzuhalten und die damit vereinbarten Sparmaßnahmen im Haushaltsaufstellungsverfahren 2006/2007 umzusetzen. Dadurch wird die Freie Hansestadt Bremen weitgehende Eigenbeiträge zur Reduzierung der Ausgaben und damit zur Sanierung des Landes leisten. Nur durch einen solchen konsequenten Sanierungskurs werden die Voraussetzungen geschaffen, damit die notwendige Hilfe von außen, durch Bund und Länder, erfolgreich eingeworben werden sowie die notwendige Klage vor dem Bundesverfassungsgericht mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann. Dies ist für den Erhalt der Selbstständigkeit unabdingbar und alternativlos.

Die Vertreter von SPD und CDU sehen in der Großen Koalition auf Bundesebene eine gute Chance, auch die berechtigten Interessen und Ansprüche Bremens geltend zu machen. Dazu ist es zunächst erforderlich, die Anforderungen Bremens in den beiden Parteien auf Bundesebene und im Bundeskabinett mehrheitsfähig zu machen. Beide Partner sehen sich gleichermaßen in der Pflicht, hierbei schnell voran zu kommen.

Die Vertreter von SPD und CDU sind sich darin einig, dass die dramatische Lage Bremens ein Alle-Mann/Frau-Manöver erfordert, auch in der Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts.

Die Haushaltsnotlageländer Saarland und Berlin haben das (Zwischen-)Ziel, ihre laufenden Ausgaben den laufenden Einnahmen anzupassen (ausgeglichener Primärhaushalt, d. h. ohne die laufenden Zinsbelastungen). Auch Bremen hat sich diese Sichtweise zu eigen gemacht. Dazu hat der Koalitionsausschuss im Februar/März 2005 sich darauf verständigt, dieses Ziel eines ausgeglichenen Primärhaushaltes bis zum Jahr 2009 zu erreichen. Vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen (u. a. Steuermindereinnahmen, Hartz IV) wird der Finanzsenator gebeten, dem Senat schnellstmöglich eine Analyse vorzulegen, unter welchen Bedingungen ein ausgeglichener Primärsaldo erreicht werden kann.

Neben dem Ziel des ausgeglichenen Primärhaushaltes ist es jedoch zwingend erforderlich, in dem anstehenden Verfassungsgerichtsverfahren aufzuzeigen, wie Bremen seinen Eigenbeitrag für die Sanierung der Finanzen des Landes leistet. Dazu gehört ein Ausgabenniveau, das die Bereitschaft zu überdurchschnittlichen Sparanstrengungen zeigt und dem Vergleich mit anderen Bundesländern bzw. Großstädten standhält. Eine entsprechende konsistente Klagestrategie ist unter Auswertung der im Zusammenhang mit der Klage in Auftrag gegebenen Gutachten vom Senat festzulegen. Der Senat wird gebeten, die gegebenenfalls sich hieraus ergebenden Notwendigkeiten für zusätzliche konsumtive und investive Sparbeiträge darzustellen.

Auf der Basis der vom Senat im April für den Doppelhaushalt 2006/2007 beschlossenen Eckwerten sind sich die Verhandlungspartner darüber einig, dass die sich ergebenden zusätzlichen Haushaltsprobleme (siehe oben) auch über zusätzliche Sparanstrengungen aufgefangen werden müssen, um die Höhe der Nettokreditaufnahme auf das unabweisbare Mindestmaß zu begrenzen. Die Vertreter von SPD und CDU sind sich einig, dass eine kontinuierliche jährliche Reduzierung der Neuverschuldung erreicht werden muss.

Der Finanzsenator wird gebeten, die auf der Basis der Steuerschätzung Mai 2005 angenommenen Steuermindereinnahmen unter Berücksichtigung der Steuerschätzung November 2005 und der erwarteten steuerrelevanten Beschlüsse der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung fortzuschreiben und dem Senat entsprechende Vorschläge für die Erbringung gegebenenfalls weiterer Sparbeiträge und der globalen Minderausgaben bis Anfang Dezember 2005 vorzulegen.

Arbeitsmarkt-, wirtschafts- und finanzkraftstärkende Maßnahmen schaffen die dringend erforderlichen Voraussetzungen, um den langjährigen Entkoppelungsprozess Bremens von der bundesweiten Wirtschaftsentwicklung nachhaltig umzukehren und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Deshalb sind auch zukünftig entsprechende Investitionen notwendig. Die Vertreter der SPD und der CDU sind sich vor dem Hintergrund der äußerst engen Finanzspielräume einig, die knapper werdenden Investitionsmittel auf solche Projekte und Maßnahmen zu konzentrieren, die der Sicherung und vor allem der Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen.

Vorbehaltlich möglicher weiterer Einsparungen auch im investiven Bereich in Konsequenz der abgestimmten Klage- und Sanierungsstrategie gilt die vom Senator für Finanzen am 26. September 2005 erstellte Fassung des Anschlussinvestitionsprogrammes (AIP) als Rahmen für diesen Investitionsbereich. Die ausgabenwirksamen Einzelmaßnahmen werden erforderlichenfalls, in Verständigung der beiden Koalitionspartner, in den Deputationen/Ausschüssen beschlossen. Der Senat wird gebeten, die Ressorts zu beauftragen, in ihren Deputationen/Ausschüssen über das jeweils zugeordnete Mittelvolumen und vorgesehene Prioritätensetzungen der Anmeldungen zu beraten (dabei ist die Auskömmlichkeit der Mittelausstattung und das Problem der Zinsausgaben zu prüfen).

Zu Recht fordert Bremen eine angemessene Beteiligung des Bundes und der Länder an den im nationalen Interesse liegenden notwendig hohen Hafeninvestitionen,

die nicht einem Bundesland allein aufgebürdet werden können. Vor diesem Hintergrund ist es nur konsequent, in der Bremen-internen Investitionsplanung die Investitionen für hafenbezogene Infrastrukturen als Landesaufgabe zu begreifen und damit vor Aufteilung der Mittel vorab zu berücksichtigen. Diese hafenbezogenen Investitionsmaßnahmen in Bremerhaven (Kaiserschleuse, CT IV u. a.) werden daher lediglich zu 25 % auf den Anteil Bremerhavens an den Investitionsmitteln des Landes angerechnet.

Notwendig ist eine gemeinsame Investitionsstrategie von Senat und Magistrat für Bremerhaven, die sich in ein besonderes Bremerhaven-Programm einpasst, das als „Perspektiven Bremerhaven 2020“, aber auch bereits mit kurzfristigen Anfängen, in Auftrag gegeben wird.

Die Vertreter von SPD und CDU halten daran fest, den weiterhin notwendigen Sparskurs bezüglich der Personalausgaben ohne betriebsbedingte Kündigungen zu betreiben. Dafür ist ein zwischen den unterschiedlichen Beschäftigtengruppen austariertes Maßnahmenbündel aus PEP-Reduzierung, Notlagen-Tarifvertrag, den Sonderzuwendungen für die Beamten und den vorläufigen Bedingungen für neue nicht tarifgebundene Arbeitsverträge notwendig. Die Vertreter von SPD und CDU bekräftigen den Beschluss des Koalitionsausschusses vom Februar/März diesen Jahres, wonach für die personalwirtschaftlichen Sparmaßnahmen die individuellen Belastungen durch grundsätzlich gleiche Opfer von allen Gruppen der im öffentlichen Bereich Beschäftigten in Bremen und Bremerhaven gleichgewichtig und zugleich sozial ausgewogen getragen werden sollen.

Die Vertreter von SPD und CDU vereinbaren, dass die öffentliche Hand mehrheitlicher Eigentümer der Gewoba bleibt. Der Senat wird gebeten, die Übertragung der BIG-Gewoba-Anteile auf die HAWOBEG als Alternative zu einer erneuten Prolongation des Pensionsgeschäftes weiter zu verfolgen und die Gewoba zu beauftragen, auf Basis eines extern zu begleitenden Benchmarking-Verfahrens weitere Optimierungspotentiale und Gestaltungsmöglichkeiten für die strategische Aufstellung und Wettbewerbsfähigkeit der Gewoba zu prüfen. Daraus sind Vorschläge für eine weiterführende Unternehmensstrategie zu entwickeln, die auch unter Berücksichtigung der Mieterinteressen zu einer Steigerung des Unternehmenswertes der Gewoba beitragen.

Die Vertreter von SPD und CDU sind sich einig, die erfolgreiche Zusammenarbeit der Großen Koalition fortzusetzen.